

**Minderheiten und Mehrheiten
in ihren Wechselbeziehungen im südöstlichen Mitteleuropa**

Festschrift für Gerhard Seewann zum 65. Geburtstag

Ünnepi kötet Gerhard Seewann 65. születésnapjára

Herausgegeben von/ Szerkesztette:
Zsolt Vitári

Universität Pécs / Pécsi Tudományegyetem
Pécs 2009

Ralf Göllner

Ethnische Heterogenität und politisches System im östlichen Europa

Wechselwirkungen zwischen Systemen, Ökonomien und ethnischen Gruppen

„Ethnischer Pluralismus ist immer dann negativ besetzt, wenn Homogenität idealisiert wird und im Zusammenhang mit der Nationalstaatsbildung nationale Identität über ‚ethnische Unterschiede‘ gefährdet erscheint. Unter solchen Bedingungen wird jede Minderheit zum Problem und zum Anlass für Konflikte. Häufig allerdings sind solche Konflikte mehr an Wahrnehmungen und Ängste als an wirkliche Gefahren und Bedrohungen geknüpft...“¹ Diese Feststellung trifft insbesondere für die Minderheitenkonflikte im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts zu, doch auch das noch junge 21. Jahrhundert dürfte von solchen Tendenzen geprägt werden – obwohl es in Westeuropa durchaus positive Beispiele für einen fruchtbaren und gewinnbringenden ethnischen Pluralismus gibt. Da alle Staaten mit einer ausgeprägten und vor allem anerkannten und akzeptierten ethnischen Heterogenität Demokratien² sind, schien eine Beseitigung der homogenisierenden Tendenzen, die vor allem in Ost-, Ostmittel-, Südosteuropas zu beobachten waren, mit der Demokratisierung der Staaten dieser Region zusammenfallen zu können. Von der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts versprochen beziehungsweise erhofften sich die Minderheiten nicht nur eine paritätische Partizipation, sondern eine positive Umdeutung und Akzeptanz bestehender ethnischer Unterschiede und eine vollständige Einbeziehung in den Staats- und Gesellschaftsaufbau. Mit der Demokratisierung sollten der nunmehr akzeptierten Meinungsvielfalt ein ebenso willkommener ethnischer Pluralismus beigeordnet und so die teils jahrzehntealten Konflikte um Ethnizität und Identität gelöst werden. Diese Erwartungen wurden von internationalen Bestrebungen – insbesondere seitens des Europarats – zum Schutz ethnischer und nationaler Minderheiten sowie deren Sprache und Kultur begleitet.³ So hatte es

¹ SEEWANN 2002, 5.

² In diesem Zusammenhang sind insbesondere Belgien, Dänemark, Finnland zu erwähnen. Siehe PAN / PFEIL 2006, 17.

³ Hervorzuheben sind das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (ETS 157) sowie die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (ETS 148)

anfänglich den Anschein, als könnten die Fragen der ethnischen Identität und die daraus resultierenden Konflikte für alle Seiten zufriedenstellend gelöst werden.

Rund zwanzig Jahre nach Transformationsbeginn in den Staaten des östlichen Europa kann jedoch festgestellt werden, dass in den meisten Ländern der Demokratisierungsprozess mit einer Art zweiter Nationalstaatsbildung einhergegangen ist. Es wurden zwar demokratische Systeme nach westeuropäischem Muster geschaffen, aber der Bruch mit dem sozialistischen, internationalistisch ausgerichteten System⁴ führte oftmals zu einer (erneuten) Betonung des Nationalen. Damit war eine neuerliche Perzeption ethnischer Unterschiede als Gefährdung verbunden und führte aufgrund ethnisch-nationaler Mehrheitsverhältnisse und mit dem Hinweis auf die Mehrheitsregel zu einer scheinbar demokratisch legitimierten Fortsetzung exkludierender Prozesse. Dennoch unterschied sich diese Phase der Idealisierung von Homogenität von früheren Perioden, denn diesmal ging es nicht um die Herausbildung von Nationalstaaten, sondern um demokratisch-marktwirtschaftliche Transformationsprozesse unter Globalisierungsbedingungen – also letztendlich um eine Modernisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In der Folge wurden zwar Individualrechte anerkannt, aber es brachen Verteilungs- und Positionierungskämpfe in nunmehr marktorientierten Systemen aus. *„Die Ursachen für die Konflikte liegen ganz offensichtlich darin, dass die Akteure annehmen, sie könnten ihre Interessen und Ansprüche nur mit Gewalt durchsetzen oder nur durch Benachteiligung oder Ausgrenzung von Individuen und Gruppen anderer Ethnizität bzw. Nationalität die Ressourcen des Landes für die Nutzung durch Mitglieder der Eigengruppe reservieren.“*⁵ Bei diesem Verteilungsprozess sind die jeweiligen Bevölkerungsmehrheiten im Vorteil, da sie Verteilungen aufgrund des demokratischen Wahlsystems und ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit bestimmen können. Solche Verteilungen können vor allem in zentralistischen Staaten hoch wirksam sein, beispielsweise bei Investitionsentscheidungen, Regionalfördermaßnahmen oder Entscheidungen über Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau von Autobahnen. Jene rein quantitative und nicht qualitative Gleichsetzung von Mehrheit und Allgemeinheit reduziert jedoch das politische System auf eine statistische Demokratie; diese *„erfaßt die Herrschaft des Volkes als Ausdruck von kollektivem Handeln lediglich in seiner*

des Europarates und die Bemühungen der Europäischen Kommission zum Schutz von Minderheiten in den ost-, ostmittel- und südosteuropäischen Beitrittsstaaten, die sich in den Berichten über den Stand der Beitrittsfähigkeit der einzelnen Länder widerspiegeln. Siehe u.a. http://ec.europa.eu/enlargement/archives/key_documents/reports_1998_en.htm. (07.09.2009)

⁴ Ausgenommen Rumänien, das unter Ceaușescu einen nationalkommunistischen Kurs verfolgt hatte.

⁵ HELLER 2006, 9.

*statistischen Bedeutung [...] Sie erlaubt der Mehrheit, die Interessen und die Würde sämtlicher Minderheiten zu ignorieren*⁶ und kann somit zu einer Tyrannei der Mehrheit führen. Diese Tyrannei beschränkt sich nicht auf einen ethnisch-national konnotierten Mehrheitsbegriff, wirkt aber in ethnisch fragmentierten Gesellschaften mit ausgeprägt autoritären Herrschafts- und/oder undurchlässigen Elitenstrukturen besonders negativ, wenn der Mehrheitsbegriff eine nationale Konnotation erhält.

Hinzu kommt das Phänomen des Transformationsverlierers, das Individuen und Gruppen betreffen kann. Die Grenzen zwischen Gewinnern und Verlierern des Systemwechsels verlaufen entlang nationalitätenübergreifender sozio-politischer Merkmale, wie Rentner, Arbeiter, Parteimitglied usw., können aber auch entlang ethnischer Kriterien verlaufen: so sind beispielsweise *„Angehörige ethnischer Minderheiten [...] überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit bedroht”*.⁷ Dies wiederum kann zu einer Ethnisierung sozio-ökonomischer Konflikte führen, indem nicht Ökonomie, Transformationsprozesse oder Beharrungsvermögen alter Eliten, sondern ethnische Gruppen für eine Ungleichverteilung verantwortlich gemacht werden – unabhängig davon, ob es sich um eine Mehrheit oder Minderheit handelt.

Es ergibt sich daher sowohl für den Transformationsprozess als auch für die Zeit danach die Frage, wie den eingangs erwähnten Wahrnehmungen und Ängsten bezüglich ethnischer Unterschiede und dem Vorhandensein ethnischer, religiöser oder nationaler Minderheiten begegnet werden kann. Die Antwort auf diese Frage kann helfen, die vermeintlichen Gefahren und Bedrohungen aufzulösen und einen Ausgleich zwischen Mehrheit und Minderheit herbeiführen, der in der ethnischen Heterogenität eines Staates eine Bereicherung statt eine Bedrohung sieht. Um dies zu erreichen, sind zahlreiche Argumentations- und Analysestränge notwendig, die an dieser Stelle nicht ausgeführt werden können. Vielmehr soll der Fokus auf den systemisch-ökonomischen Kriterien ethnischer Heterogenität und dem Verhältnis der Mehrheit zur Minderheit liegen. Angesichts der oft finanziell motivierten Argumentation gegen ethnische Vielfalt und deren Erhalt, gegen Minderheitenschutz, Sprach- und Kulturpflege sowie Entwicklung minderheitlicher Identitäten ist es notwendig, die systemische und ökonomische Wirkung ethnischer Heterogenität zu analysieren.

⁶ DWORKIN 1998, 295 und 299. Minderheit hat bei Dworkin ursprünglich keine ethnische Konnotation. Der Begriff kann aber ohne weiteres um die ethnische Komponente erweitert werden, ohne den Inhalt zu verfälschen.

⁷ RADIĆ 2002, 55 (vgl. in diesem Zusammenhang auch die Anmerkungen in Fußnote 36).

Systemische Voraussetzungen

Tatsächlich scheint unter bestimmten Voraussetzungen eine negative Wechselwirkung zwischen ethnischer Vielfalt einerseits und wirtschaftlichem Wachstum sowie politischem System andererseits zu bestehen. Heterogenität, oft gemessen als ethnolinguistische (ethnolinguistic fractionalization, ELF),⁸ ethnische oder religiöse Fraktionalisierung, kann mit langsamem ökonomischem Wachstum, mangelhafter Versorgung mit öffentlichen Gütern – beispielsweise durch die Verwaltung – oder politischer Instabilität einhergehen.⁹ Solche Erscheinungen stehen in direktem Zusammenhang mit dem Wohlstand eines Landes¹⁰ und betreffen auch die wirtschaftliche Situation der Individuen, denn „*ethnische Fraktionalisierung kann durch Verringerung des Vertrauens unter den Bürgern Einkünfte niedrig halten und dadurch die Transaktionskosten erhöhen*“.¹¹ Einkommen bzw. Wohlstand einer Gesellschaft bestimmen wiederum maßgeblich die Wahrscheinlichkeit eines ethnischen Konflikts: je geringer der Wohlstand ist, desto eher scheint ethnische Heterogenität zu Auseinandersetzungen zu führen.

Diese Befunde geben den Befürwortern von Homogenität vermeintlich recht, greifen aber zu kurz, weil sie den politisch-institutionellen Rahmen außer Acht lassen; dieser jedoch ist für die Wirksamkeit von Heterogenität bedeutsam und nicht die Vielfalt selbst. „*Der Effekt der ethnischen Fraktionalisierung ist bedingt: sie beeinträchtigt das Wachstum nur in Staaten mit ‚ausreichend schlechten‘ Institutionen negativ*“,¹² denn sie führt im Hinblick auf die Vielfalt zu schlechter Politik, die wiederum das Wachstum beeinträchtigt. Besonders starke Auswirkungen hat die Heterogenität in einer Diktatur, wo „*das Ausmaß ethnischer Vielfalt systematisch die Wachstumsrate reduziert*“.¹³ Folglich hat ein diktatorisch-totalitärer Staat mit schlechten Institutionen und einer ethnisch gemischten Bevölkerung besonders schlechte Wachstumschancen. Betrachtet man die sozialistische Phase der osteuropäischen Staaten vor diesem Hintergrund,

⁸ Dieser Faktor geht auf den 1964 in Moskau erschienenen Atlas Narodov Mira zurück und misst – mit aktualisierten Daten – die Wahrscheinlichkeit, mit der zwei zufällig ausgewählte Personen eines Landes nicht zur selben ethnolinguistischen Gruppe gehören. Dabei steht 0 für absolute Homogenität und 1 für absolute Heterogenität. Hier steht die Sprache als Unterscheidungskriterium ethnischer Gruppen im Mittelpunkt, aber auch andere Indizes sind anwendbar. Siehe hierzu beispielsweise FEARON / KASARA / LAITIN 2007, 187–188. [Alle Übersetzungen stammen vom Verfasser].

⁹ Siehe EASTERLY 2001, 687–689 oder ALESINA / BAQIR / EASTERLY 1999.

¹⁰ Siehe hierzu ALESINA / LA FERRARA 2005.

¹¹ COLLIER 1999, 388.

¹² CAMPOS / KUZZEYEV 2007, 621. Siehe auch EASTERLY 2001.

¹³ COLLIER 2000, 231.

scheinen sich diese Beobachtungen insbesondere bei einem blockinternen Vergleich zu bestätigen. Hier muss angefügt werden, dass dieser Zusammenhang nicht als monokausale Erklärung tauglich ist, aber den sonstigen makroökonomischen Perspektiven eine weitere hinzufügt. Deutlich werden solche Koinzidenzen beispielsweise anhand der – auch ethnisch motivierten – Industrialisierungspolitik Rumäniens in den 1970er und 1980er Jahren, die entweder die von Minderheiten bewohnten Gebiete (wie das Szeklerland) rückständig beließ oder eine Industrialisierung mit der Ansiedlung rumänischer Bevölkerungsteile verband. „*In allen sozialistischen Ländern läßt sich beobachten, daß Angehörige des Staatsvolkes planmäßig vor allem in den historischen Siedlungsgebieten der Minderheiten, diese wiederum in Siedlungszentren der Mehrheit angesiedelt wurden.*“¹⁴ Damit wurde anstatt auf rein wirtschaftliche Überlegungen zurückzugreifen, Ökonomie und Nationalitäten-, Bevölkerungs- und Siedlungspolitik vermengt, was wiederum zu einer Wachstumsschwäche bzw. zu einem Wachstumsrückgang führte.

Transformationsstaaten und ethnische Vielfalt

Diese Feststellungen treffen nicht nur auf diktatorisch–totalitäre Systeme zu, sondern auch auf die Phase der Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft. Diese ist unter dem Aspekt der ethnischen Identität interessant, da sie für Nationalismen und ethnische Konflikte besonders anfällig ist. In den sozialistischen Staaten spielten – außer in Rumänien und Bulgarien – Nationalismen meist keine sehr große Rolle, traten aber mit Beginn der Systemtransformation in vielen Ländern erneut auf.¹⁵ „*Ein verbreiteter Nationalismus entsteht typischerweise während der frühesten Phase der Demokratisierung, wenn die Eliten nationalistische Appelle nutzen, um die Unterstützung des Volkes zu erringen. Die Demokratisierung produziert dann Nationalismen, wenn starke Gruppen innerhalb der Nation die Energie des Volkes nicht nur für das Ziel eines Krieges [wie es das jugoslawische Beispiel verdeutlicht – Anm. d. Verf.] oder der wirtschaftlichen Entwicklung einspannen, sondern auch verhindern wollen, dass die effektive politische Macht an den durchschnittlichen Bürger übergeht.*“¹⁶ Ergänzend muss hinzugefügt werden, dass dies auch für jene Staaten gilt, die sich vor Transformationsbeginn einer nationalistischen Politik bedient hatten, da hier die selben Mechanismen griffen und

¹⁴ SEEWANN 2000, 28.

¹⁵ In der ČSSR wurde wegen des tschechisch-slowakischen Gegensatzes auf eine nationalistische Mobilisierung verzichtet, in Polen sowie Ungarn war eine nationalistische Mobilisierung aufgrund der eigenen Minderheiten in den Nachbarstaaten problematisch. Siehe ELSTER / OFFE / PREUSS 1998, 43.

¹⁶ SNYDER 2000, 32.

eine nationalpolitische Kontinuität fortgeschrieben werden konnte, gerade weil sich die neue Elite deutlich genug von der alten distanzierte.

Erkennbar sind diese Zusammenhänge anhand der nationalistischen Tendenzen und Mobilisierungsversuche in der bulgarischen, rumänischen und slowakischen¹⁷ Politik. Für Bulgarien und Rumänien „*war nach der Wende ein stark minderheitenfeindliches Spannungsverhältnis kennzeichnend, das sich wiederholt in gewalttätigen [...] und nationalistischen Ausbrüchen insbesondere in der Presse dokumentierte*“.¹⁸ Gleiches galt und gilt zum Teil auch heute noch für die Slowakei und Ähnliches für Estland und Lettland, auch wenn hier die Nationalismen andere Formen annahmen.¹⁹

Der Zusammenhang zwischen Systemtransformation und ethnischer Konfrontation ist offensichtlich, denn ein „*exkludierender Nationalismus kann sich dann am ehesten durchsetzen, wenn ein sich demokratisierendes Land arm ist, seinen Bürgern die notwendigen Fähigkeiten für eine erfolgreiche demokratische Partizipation fehlen und die repräsentativen Institutionen, politischen Parteien und die journalistische Professionalität während dieser frühen Phase des demokratischen Übergangs schwach ausgebildet sind*“.²⁰ Während die staatliche Repression im diktatorisch-totalitären Staat ethnische Kategorien meist überlagert und Konflikte zugunsten einer ideologischen Politik vermeidet oder verhindert, ist die Übergangsphase gefahrvoller, da die hohen Erwartungen an die Demokratie oft nicht mit der systemisch-politischen-ökonomischen Realität und Transformationsgeschwindigkeit harmonieren. Die zu Beginn der Transition gewonnene Freiheit, Partizipation und Gleichheit, der Wunsch nach Gerechtigkeit und wachsendem Reichtum, das Entstehen neuer politischer Kräfte, aber auch der Wegfall der alten, ethnische Konflikte eindämmenden Mechanismen erhöhen die Wahrscheinlichkeit ethnischer motivierter Auseinandersetzungen bis hin zu Sezession, Dismembration oder Bürgerkrieg.²¹ Diese extremen Reaktionen, die sich aus einer ethnischen Polarisierung ergeben, sind zwar eher die Ausnahme als die Regel, aber insgesamt neigen Transformationsstaaten eher zu ethnischen Konflikten als gefestigte Demokratien oder diktatorische bzw. totalitäre Staaten.

¹⁷ Nach Auflösung der ČSFR fielen Transformations- und Demokratisierungsprozess mit einer Nationalstaatsbildung zusammen, was die ethnische Konfrontation verstärkte.

¹⁸ SEEWANN 2000, 22.

¹⁹ Die Frage der Staatsbürgerschaft für die russische Minderheit war hier lange Zeit ein ungelöstes und destabilisierendes Problem.

²⁰ SNYDER 2000, 37.

²¹ Als Beispiele können gelten: Transnistrien für eine (international nicht anerkannte) Separation, die Auflösung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik durch Dismembration sowie der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien.

Der Institutionenumbau erfolgt in der Transformationsperiode zu langsam und manchmal auch nicht im Sinne einer institutionellen Abbildung gesellschaftlicher Gegebenheiten, aber eine solche ist in heterogenen Staaten eine Voraussetzung für einen konfliktfreien Übergang. Das Wirtschaftswachstum ist rückläufig und die politische Kultur kann mit den neuen demokratischen Gegebenheiten oft nicht Schritt halten. Jedoch ist „*die wichtigste Variable für den Transformationserfolg der Grad der Kompatibilität der geerbten Weltansichten, Verhaltensmuster und grundlegenden sozialen und politischen Konzepte mit den funktionalen Notwendigkeiten einer modernen, teilweise industrialisierten und teilweise postindustriellen Gesellschaft*“.²² Deshalb war es kein Zufall, dass in Rumänien die Hochphase postkommunistisch-nationalistischer Politik und ethnischer Konflikte mit einem länger andauernden Übergang zu einer demokratischen und freiheitlichen Ordnung einherging. Dies bescheinigt auch der *Freedom in the World-Index*, der Rumänien erst seit 1996 als frei bezeichnet.²³ Analog zeigt der Index die demokratischen Defizite im Transformationsprozess der Slowakei auf, der für die Hochphasen der nationalistischen Politik unter Mečiar diesem Land ebenfalls nur den Status „teilweise frei“ zuerkennt. Ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit dem taktischen Ausspielen der nationalistischen Karte ist der Versuch, den Teil der eigenen Mehrheitsbevölkerung zu „beruhigen“, der sich vor Marktöffnung, Globalisierung und internationalen Organisationen fürchtet und nur im ethnisch definierten Nationalstaat seine Zukunft abgesichert sieht.

Nationalismus, der ethnische Konflikte evoziert, ist eine transformationsbedingte Fehlentwicklung, die nicht der bestehenden Heterogenität angelastet werden kann, sondern dem Wesen des Übergangs und den maßgeblichen Eliten, die ihn tragen oder an sich reißen wollen. Deshalb sind ethnische Auseinandersetzungen in dieser Phase vor allem ein Eliten- und damit zusammenhängend ein Verteilungsproblem. Die Konfliktlinien schwächen sich aber mit fortschreitendem Demokratisierungsprozess und beginnendem ökonomischen Wachstum meist von selbst ab, so dass eine direkte Interaktion zwischen dem Grad politisierter ethnischer Vielfalt und der Ausgestaltung demokratischer Institutionen besteht. „*[D]emokratische Institutionen können die Probleme mildern, die mit*

²² ELSTER / OFFE / PREUSS 1998, 307–308.

²³ Dieser Index von Freedom House misst seit 1973 die politischen und bürgerlichen Rechte (PR bzw. BR) auf einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 den höchsten und 7 den niedrigsten Freiheitsgrad repräsentiert. Rumänien wurden folgende Werte vergeben: 1973–1989: PR: 7, BR: 7, Status: nicht frei; 1990: PR: 6, BR: 5, Status: teilweise frei; 1991: PR: 5, BR: 5, Status: teilweise frei; 1992–1993: PR: 4, BR: 4, Status: teilweise frei; 1994–1995: PR: 4, BR: 3, Status: teilweise frei; 1996: PR: 2, BR: 3, Status: frei; 1997–2008: PR: 2, BR: 2, Status: frei; Siehe <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439>. (07.09.2009)

*ethnischer Diversität zusammenhängen, was im Gegenzug die demokratischen Institutionen stärkt.*²⁴ Dieser Prozess der gegenseitigen Verstärkung ist jedoch nicht vor Rückschlägen gefeit.²⁵ Dies zeigen die Beispiele Rumänien und Slowakei sowohl im Sinne einer Verbesserung als auch einer Verschlechterung nach einem Regierungswechsel sowie die Persistenz nationalistischer Parteien in den Parteiensystemen und Parlamenten im östlichen Europa. Hilfreich ist in dieser Phase eine rasche Modernisierung durch Einbindung in internationale Organisationen wie die EU. Diese helfen, durch wirtschaftliche Kooperation und Handels erleichterungen, Wissenstransfer, Unterstützung beim Aufbau demokratischer Institutionen und zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie einer freien und professionellen Presse, die kritische Übergangsphase zu verkürzen und abzumildern. *„Modernisierung erfolgt durch Bildung, berufliche Mobilität, freien Informationsfluss und Organisationserfahrung. Zusammen fördern sie Anpassungsfähigkeit und fördern Kompetenz, Toleranz und Mäßigung. Verbessertes Zugang zu Wirtschaftsgütern und dadurch zu politischen Ressourcen zusammen mit einer größeren institutionellen Vielfalt sind die Voraussetzungen für eine stabile Demokratie.*“²⁶ Diese Bedingungen versuchte die EU im Vorfeld der Aufnahme in die Union zu schaffen und konnte teilweise in fraktionalisierten – aber nicht in polarisierten – Gesellschaften zu einer Abschwächung der ethnischen Konflikte beitragen. Inwieweit diese Entspannung zu einer Akzeptanz ethnischer Heterogenität führt, dürfte maßgeblich von der Verbürgerlichung²⁷ der Gesellschaften, vom Wirtschaftswachstum sowie dem Wohlstand der Individuen abhängen.

Ethnische Heterogenität in Demokratien

Ist ein Staat eine gefestigte Demokratie und verfügt über gute Institutionen, haben seine Bürger weitreichende politische Rechte, dann ändern sich in der Regel die Implikationen ethnischer Vielfalt und wirken positiv. Eine Ausnahme hiervon ist die sogenannte ethnische Demokratie, deren wichtigste Merkmale folgende sind: eine staatsbegründende, auf einem ethno-historischen Mythos basierende Ideologie; eine signifikante, nicht assimilationswillige Minderheit, die als potentielle Bedrohung empfunden wird; ein vollständig demokratisch ausgestaltetes System,

²⁴ BLUEDORN 2001, 122.

²⁵ Selbst gefestigte Demokratien sind vor einem Rückfall in nationalistische Tendenzen und daraus resultierende ethnische Konflikte nicht immer sicher, wie es unter anderem das Beispiel des *Vlaams Belang* (Flämische Interessen) im belgischen Landesteil Flandern zeigt. Diese Partei bezeichnet sich als nationalistisch und rechts und verfolgt sezessionistische Bestrebungen. Siehe ERK 2005, 494–495.

²⁶ ELLINGSEN 2000, 237.

²⁷ Verbürgerlichung ist im Sinne einer *civic society* zu verstehen.

das sicherstellt, dass die dominante Ethnie, also die Mehrheit, die völlige politische Kontrolle behält. Diese Elemente garantieren eine institutionalisierte Dominanz der Mehrheitsbevölkerung, führen zu einer strukturellen Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit und ermöglichen es der letztgenannten, den Staat zur Umsetzung ihrer ethno-nationalen Interessen zu benützen.²⁸ Diese Pervertierung des Kollektivrechtsgedanken führt zu kollektiven Nicht-Rechten von Minderheiten unter dem Primat eines ethnisch-demokratischen Rahmens. Beispiele für ethnische Demokratien in Europa sind Estland, Lettland, die Slowakei, aber auch auf Rumänien und Bulgarien trafen die Charakteristika teilweise zu.²⁹ Diese Bedingungen führen zu einer mangelnden Identifikation der Minderheiten mit dem Staat sowie zu Loyalitätskonflikten, aber auch zu staatlichen Kontrollmaßnahmen und Einschränkungen gegenüber der Minderheit. Dies wiederum lässt ein ähnlich abgeschwächtes Wachstum wie in einem diktatorisch-totalitären System erwarten und beseitigt damit die in anderen Demokratieformen³⁰ eigentlich wachstumsneutrale Wirkung ethnischer Heterogenität, denn „[i]n einer Demokratie wird das Ausmaß ethnischer Identität nicht systematisch die Wachstumsrate beeinflussen.“³¹

Multikulturelle oder konsensorientierte Demokratien (Konkordanzdemokratien) wirken integrativ ohne zu assimilieren und bieten bessere Voraussetzungen für eine stabilisierende und wachstumsfördernde Einbindung von Minderheiten. Sie akzeptieren die grundlegenden Unterschiede einer Gesellschaft nicht nur entlang politischer Meinungspluralität wie alle Demokratieformen, sondern zusätzlich entlang ethnischer, religiöser und sprachlicher Besonderheiten, indem sie alle Akteure – auch als Gruppe – in die Entscheidungsprozesse mit einbeziehen. „Konkordanzmodelle umfassen eine Kooperation zwischen den Eliten, die die Segmente einer nach kulturellen Trennlinien organisierten Gesellschaft repräsentieren.“³² Verfügt eine solche Demokratie noch dazu über gute Institutionen, können letztere „einen ethnisch begründeten sozialen Konflikt, der das Wachstum abschwächt, mindern.“³³ Kostenintensive Optimierungsstrategien, die sich aus der Vielfalt ergeben können, werden reduziert oder eliminiert und die

²⁸ Siehe SMOOHA 2001, 24–26; DUIN / POLÁČKOVÁ 2000.

²⁹ SMOOHA 2001; JOHNSON 2002.

³⁰ Die liberale und multikulturelle Demokratie sowie die Konkordanz-/Konsensdemokratie oder der Korporatismus sind aus Sicht einer ethnischen Vielfalt eher geeignet, während die republikanische Demokratie wegen ihres staatsbürgerlichen Verständnisses assimilatorisch ist. Zur multikulturellen Demokratie siehe KYMLICKA 1996; zur Konkordanz-/Konsensdemokratie siehe LIJPHART 1977 und 1999. Siehe auch SIMONSEN 2005.

³¹ COLLIER 2000, 229.

³² BARNES 2001, 97.

³³ EASTERLY 2001, 690.

Rahmenbedingungen gesellschaftlicher „Spielregeln“ sichergestellt. Hierzu ist ein wirtschaftlich besser gestellter Staat eher in der Lage, weshalb neben den systemischen Voraussetzungen das ökonomische Entwicklungsniveau eine Rolle spielt.³⁴ Auf das östliche Europa übertragen, bedeutet dies zumindest für die der EU beigetretenen Staaten, dass die Modernisierung soweit fortgeschritten sein sollte, dass Heterogenität positiv wirken kann. Sie könnte sogar Wachstumsimpulse aussenden, da sie *„eine Vielfalt an Fähigkeiten, Erfahrungen und Kulturen mit sich bringt, die produktiv sein und zu Innovation und Kreativität führen können“*.³⁵ Deutlich wird dies vor allem dann, wenn es sich um sprachlich inhomogene Gesellschaften handelt. Dann kann eine Minderheit als sprachlich-kulturelles Bindeglied zu ihrem Mutterstaat (wenn es einen gibt) fungieren, was zu einer intensivierten Interaktion beispielsweise infolge einer Investitionstätigkeit seitens des Mutterstaats oder dortiger Unternehmen führen kann. Davon profitiert der Staat, in dem die Minderheit lebt, denn die ausländischen Investitionen wirken wie Regionalfördermaßnahmen, schaffen Arbeitsplätze sowie Infrastruktur, entlasten den Staatshaushalt und erhöhen das Steueraufkommen sowie die Kaufkraft.³⁶ Als Beispiel hierfür gilt Südtirol, wo *„die Zweisprachigkeit der Bevölkerung [...] als der grundlegende Faktor [gilt], der viele ausländische Unternehmen dazu bewegt hat, sich in [der] Provinz niederzulassen, um Zugang zum italienischen Markt zu erhalten“*.³⁷ Ähnliches gilt auch für Rumänien, wo hohe ungarische Direktinvestitionen von etwa 1 Mrd. Euro in den von Ungarn bewohnten Gebieten erfolgt sind. Dies verdeutlicht die Attraktivität solcher Regionen. Führen derartige Investitionen zu positiven Erfahrungen – und das können sie vor allem in von ethnischen Konflikten unbelasteten Ländern –, ist eine Ausweitung der Investitionstätigkeit in andere, vom Mehrheitsvolk bewohnten Regionen wahrscheinlich.³⁸ Zudem profitieren alle Ethnien von einer Intensivierung des Handels, was ebenfalls das ungarisch-rumänische Beispiel bezeugt. Mittler-

³⁴ ALESINA / LA FERRARA 2005, 763.

³⁵ Uo. 762. Siehe auch BELLINI 2008. Diese Analyse bezieht sich hauptsächlich auf Migration und kulturelle Vielfalt infolge von Zuwanderung. Teilerkenntnisse können jedoch auch auf autochthone ethnische und sprachliche Minderheiten übertragen werden.

³⁶ Auf das Neid-Problem, das sich ergibt, wenn die Minderheit durch Investitionen und Hilfen ihres Mutterstaates höhere Einkommen erzielen, kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

³⁷ LECHNER / PARTACINI 2008, 18.

³⁸ Der ungarische Botschafter in Rumänien, Oszkár Fűzes, stellte fest, dass *„[v]iele ungarische Unternehmen allmählich von Siebenbürgen aus expandieren und Geschäftstätigkeiten in der Moldau und in anderen Landesteilen aufnehmen“*. In: Hungarian investments expand their reach. Bucharest business week online, 3. November 2008. http://www.bbww.ro/articol_51736/hungarian_investments_expand_their_reach.htm. (12.09.2009)

weile gehört Ungarn zu den wichtigsten Handelspartnern Rumäniens und rangiert auf Platz fünf der Hauptabnehmerländer und Platz drei der Hauptlieferländer.³⁹ Vergleichbares lässt sich auch in den ökonomischen Verbindungen Ungarns mit der Slowakei feststellen, weshalb die kontinuierliche, polarisierend wirkende Nationalisierung der slowakischen Politik, die derzeit ihren vorläufigen Höhepunkt in der restriktiven Änderung des Sprachgesetzes findet, umso unverständlicher ist, da sie die ökonomischen Vorteile gefährdet, indem sie auf Konflikt statt auf Kooperation⁴⁰ setzt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ethnische Identität und Heterogenität sowie interethnische Konflikte maßgeblich vom politischen System, seinen Institutionen und den wirtschaftlichen Bedingungen abhängen, aber auch dass Heterogenität eine systemische Wirkung entfaltet. Diese Phänomene können die Wahrnehmungen und Ängste von Individuen auch in Demokratien beeinflussen. Dann verstellen sie den Blick auf die politisch-ökonomisch-gesellschaftliche Realität, indem sie nicht die möglichen mittelfristigen Vorteile von Vielfalt, sondern deren vermeintliches Gefährdungspotential fixieren. Diese Aspekte müssen bei Aufbau, „Design“ und Modernisierung der demokratischen Institutionen beachtet und auf ein gesamtgesellschaftliches Wohl und nicht auf das einer Partikulargruppe ausgerichtet werden; davon profitiert letztendlich auch die Mehrheitsbevölkerung in einem größeren Maße als von einer Exklusion anders-ethnischer Gruppen. Zudem kann in einem zusammenwachsenden Europa nicht auf einer Makroebene staatliche Heterogenität und Beachtung nationaler Unterschiede eingefordert werden, während auf der staatlichen Meso- und Mikroebene ethnische Vielfalt missachtet oder gar bekämpft wird. Es sollten vielmehr die Chancen erkannt werden, die sich aus unterschiedlichen ethnischen Identitäten und Gruppen ergeben und diese Gelegenheiten durch zukunftsorientierte Kooperation zwischen Mehrheit und Minderheiten für gemeinsamen Wohlstand und Stabilität einzusetzen.

³⁹ WIRTSCHAFTSDATEN 2009, 2.

⁴⁰ Kooperation kann zwischen Individuen, innerhalb ethnischer Gruppen und zwischen unterschiedlichen Ethnien mit unterschiedlichen gesamtgesellschaftlichen Effekten erfolgen. Polarisierung stärkt die intra-ethnische Zusammenarbeit zu Lasten der interethnischen, da das Vertrauen in die jeweils andere Ethnie stark abnimmt. Dies wiederum beeinflusst das Vertrauen insgesamt negativ und beeinträchtigt das ökonomische Wachstum, weil Absicherungen gegen opportunistische Optimierungsstrategien notwendig werden. Siehe hierzu FEARON / LAITIN 1996; KNACK / KEEFER 1997.

Literatur

ALESINA / BAQIR / EASTERLY 1999 = Alesina, Alberto / Baqir, Reza / Easterly, William, Public Goods and Ethnic Divisions. *The Quarterly Journal of Economics*, 114 (1999) 4, 1243–1284.

ALESINA / LA FERRARA 2005 = Alesina, Alberto / La Ferrara, Eliana, Ethnic Diversity and Economic Performance. *Journal of Economic Literature*, 43 (2005) 3, 762–800.

BARNES 2001 = Barnes, Samuel H., The Contribution of Democracy to Rebuilding Postconflict Societies. *American Journal of International Law*, 95 (2001) 1, 86–101.

BELLINI 2008 = Bellini, Elena / Ottaviano, Gianmarco I. P. / Pinelli, Dino / Prarolo, Giovanni, Cultural Diversity and Economic Performance: Evidence from European Regions. *HWWI Research Paper*, 3–14 (2008).

BLUEDORN 2001 = Bluedorn, John C., Can democracy help? Growth and ethnic divisions. *Economics Letters*, 70 (2001), 121–126.

CAMPOS / KUZHEYEV 2007 = Campos, Nauro F. / Kuzeyev, Vitaliy S., On the Dynamics of Ethnic Fractionalization. *American Journal of Political Sciences*, 51 (2007) 3, 620–639.

COLLIER 1999 = Collier, Paul, The Political Economy of Ethnicity. In: Pleskovic, Boris / Stiglitz, Joseph E. (Hgg.), Annual World Bank Conference on Development Economics 1998. The International Bank for Reconstruction and Development / The World Bank, New York 1999. 387–399.

COLLIER 2000 = Collier, Paul, Ethnicity, Politics and Economic Performance. *Economics and Politics*, 12 (2000) 3, 225–245.

DUIN / POLÁČKOVÁ 2000 = Duin, Pieter van / Poláčková, Zuzana, Democratic Renewal and the Hungarian Minority Question in Slovakia. From Populism to Ethnic Democracy? *European Societies*, 2 (2000) 3, 336–360.

DWORKIN 1998 = Dworkin, Ronald, Freiheit, Selbstregierung und der Wille des Volkes. Ist Demokratie heute noch möglich? In: Gosepath, Stefan / Lohmann, Georg (Hgg.), Philosophie der Menschenrechte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1998². 292–309.

EASTERLY 2001 = Easterly, William, Can Institutions Resolve Ethnic Conflict? *Economic Development and Cultural Change*, 49 (2001) 4, 687–706.

ELLINGSEN 2000 = Ellingsen, Tanja, Colorful Community or Ethnic Witches' Brew? Multiethnicity and Domestic Conflict during and after the Cold War. *The Journal of Conflict Resolution*, 44 (2000) 2, 228–249.

ELSTER / OFFE / PREUSS 1998 = Elster, Jon / Offe, Claus / Preuß, Ulrich K., Institutional Design in Post-communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea. Cambridge University Press, Cambridge 1998.

ERK 2005 = Erk, Jan, From Vlaams Blok to Vlaams Belang: The Belgian Far-Right Renames Itself. *West European Politics*, 28 (2005) 3, 493–502.

FEARON / KASARA / LAITIN 2007 = Fearon, David / Kasara, Kimuli / Laitin, David D., Ethnic Minority Rule and Civil War Onset. *American Political Science Review*, 101 (2007) 1, 187–193.

FEARON / LAITIN 1996 = Fearon, David / Laitin, David D., Explaining Interethnic Cooperation. *American Political Science Review*, 90 (1996) 4, 715–735.

HELLER 2006 = Heller, Wilfried, Zur Bedeutung von Ethnizität in Transformationsländern unter dem Einfluss von Globalisierung. In: Heller, Wilfried / Jordan, Peter / Kahl, Thede / Sallanz, Josef (Hgg.), Ethnizität in der Transformation. Zur Situation nationaler Minderheiten in Rumänien. Lit-Verlag, Münster, Hamburg u. a. 2006. 9–25.

JOHNSON 2002 = Johnson, Carter, Democratic Transition in the Balkans: Romania's Hungarian and Bulgaria's Turkish Minority (1989–1999). *Nationalism and Ethnic Politics*, 8 (2002) 1, 1–28.

KNACK / KEEFER 1997 = Knack, Stephen / Keefer, Philip, Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation. *The Quarterly Journal of Economics*, 112 (1997) 4, 1251–1288.

KYMLICKA 1996 = Kymlicka, Will, Multicultural Citizenship: A Liberal Theory of Minority Rights. Oxford University Press, New York 1996.

LECHNER / PARTACINI 2008 = Lechner, Oswald / Partacini, Luciano, Südtiroler Wirtschaft – Erfolgsfaktoren 2020. Handels-, Industrie-, Handwerks- und Wirtschaftskammer Bozen. Bozen 2008.

LIJPHART 1977 = Lijphart, Arend, Democracy in Plural Societies: A Comparative Exploration. Yale University Press, New Haven 1977.

LIJPHART 1999 = Lijphart, Arend, Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries. Yale University Press, New Haven 1999.

PAN / PFEIL 2006 = Pan, Christoph / Pfeil, Beate Sibylle, Minderheitenrecht in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen. Band 2, Springer Verlag, Wien, New York 2006².

RADIĆ 2002 = Radić, Dubravko, Arbeitsmärkte in Transformationsländern: Bestandsaufnahme und Bilanz nach dem Ende des Transformationsprozesses. In: Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse. (*Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa Bremen 36*), Bremen 2002. 50–55.

SEEWANN 2000 = Seewann, Gerhard, Ungarndeutsche und Ethnopolitik. Ausgewählte Aufsätze. Osiris, Budapest 2000.

SEEWANN 2002 = Seewann, Gerhard, Vorwort. *forost Arbeitspapiere*, 8 (2002), 5.

SIMONSEN 2005 = Simonsen, Sven Gunnar, Addressing Ethnic Divisions in Post-Conflict Institution-Building: Lessons from Recent Cases. *Security Dialog*, 36 (2005) 3, 297–318.

SMOOHA 2001 = Smootha, Sammy, The Model of Ethnic Democracy. *ECMI Working Paper*, 13 (2001).

SNYDER 2000 = Snyder, Jack L., From Voting to Violence: Democratization and Nationalist Conflict. W. W. Norton & Co., New York 2000.

WIRTSCHAFTSDATEN 2009 = Wirtschaftsdaten kompakt: Rumänien. Germany Trade & Invest, Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH, Köln 2009.